Festlegungen und Beschlüsse aus der Sitzung des LJHA am 27.06.2022

Festlegungen aus der Sitzung

- Frau Specht berichtete von einem Merkblatt mit Hinweise für KiTas bzgl. der Aufnahme ukrainischer Kinder - entweder auf den Seiten des LJA oder auf den Seiten der bagljae. Das Dokument bzw. der Link hierzu sollte allen Mitgliedern des LJHA zugänglich gemacht werden.

- Frau Specht fragt das Referat 502 für den Bereich Vormundschaftsvereine an, ob diese bereit sind im Rahmen der anstehenden Reformen im Bereich Vormundschafts-/Betreuungsreform mit Hr. Deckert/dem LJHA zusammenzuarbeiten.

- Alle LJHA-Mitgliede werden gebeten über eine Kandidatur für den UA SGB VIII nachzudenken (hier gibt es noch immer zwei Vakanzen)!

- Wenn das bereits zeitnah möglich sein sollte: Das MS wollte die Anzahl jener Schulen nachreichen, die ihre Stellen für Schulsozialarbeit verlieren werden.

- Frau Großberndt reicht Informationen zur Richtlinie betreffend Luftfilter nach

- Herr Günther (LJA) stellt seine Präsentationen zu den TOP 11 und 12 den Mitgliedern des LJHA zur Verfügung und das Schutzkonzept der GEB, welches der Träger beim LJA eingereicht hat

Beschlusskontrolle TOP 3 – hier: unerledigte Beschlüsse der 7. Und 8. Amtsperiode (Vorlage 03/2022)

Folgende Beschlüsse werden für erledigt erklärt:

- Beschluss 2021-(7)-08 Haushalt 2022/23

- Beschluss 2022-(8)-12 Beschlusskontrolle

Beschluss Nr. 2022-(8)-16: TOP
Zum Antrag

Beschluss Nr. 2021-(7)-07: TOP 4f Bericht aus dem Unterausschuss Finanzen
zum Antrag 07/2021: Weiterführung des Modellprojektes „Entwicklung mobiler Familienbildungsangebote im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts“ und Verstetigung der mobilen Angebote in den Modellstandorten und Entwicklung einer Perspektive für die Zukunft.

1. Der LJHA fordert das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt auf, sich aktiv für die Fortsetzung der Modellprojekts „Entwicklung mobiler Familienbildungsangebote im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts“ über das Jahr 2021 hinaus einzusetzen sowie für eine angemessene und auskömmliche Förderung einzutreten.

2. Der LJHA empfiehlt dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (sowie dem Landesjugendamt als Bewilligungsbehörde), mit den Trägern über eine im Sinne der Verwaltungsvereinfachung geändertes Verfahren der Mittelgewährung ins Gespräch zu kommen.

3. Der LJHA der 7. Amtsperiode empfiehlt dem LJHA der 8. Amtsperiode, in eine seiner ersten Sitzungen sich mit den Modellprojekten zu befassen und sowohl mit den Trägern der Modellprojekte als auch mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration über die gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse ins Gespräch zu kommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig